

Gut wohnen.

Gut arbeiten.

Gut leben.

Präambel	2
Wohnen	2
Stadtentwicklung	5
Konversion	6
Arbeit und Wirtschaft	8
Soziales	9
Bildung	13
Kultur	15
Jugend	16
Sport	18
Diversität	19
Integration	20
Umweltschutz	21
Mobilität	23
Europa	255

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Präambel

Wir wollen, dass Heidelberg eine soziale und gerechte Stadt ist, die für alle Menschen lebenswert ist und ein hohes Maß an Lebensqualität ermöglicht. In Heidelberg lässt es sich gut leben. Wir wollen, dass das für alle Menschen in unserer Stadt gilt. Deswegen wollen wir mit unserer Politik dafür sorgen, dass alle, die auf Hilfen angewiesen sind, diese auch erhalten, und wir wollen, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden: Wohnen muss für untere bis mittlere Einkommensgruppen bezahlbar werden, auch die städtische Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung muss sich stärker an deren Lebenslagen ausrichten, die Rahmenbedingungen für gewerbliche Arbeitsplätze müssen verbessert, Bildungsangebote müssen weiter ausgebaut und das Netz der Unterstützung in sozialen Notlagen muss dichter werden. Mit unserer Politik wollen wir ein soziales und lebenswertes Heidelberg – in allen Lebenslagen und von Anfang an.

Im Wettbewerb der Städte setzen viele auf das "Unternehmen Stadt". Wir dagegen sagen „Die Stadt ist kein Konzern – die Stadt ist für alle da.“ Anders als bei einem „Unternehmen Stadt“ wollen wir in Heidelberg aber nicht nur wirtschafts- und tourismusfreundliche Maßnahmen umsetzen. Auch die sozialen, ökologischen und kulturellen Aspekte werden umfassend berücksichtigt.

In Heidelberg müssen alle gut wohnen, gut arbeiten und gut leben können. Dafür sind vielfältige Maßnahmen in vielen Bereichen notwendig. Diese müssen untereinander abgestimmt sein. Sollte es in einer Sachentscheidung notwendig sein, einen der Bereiche vorrangig zu behandeln, wird dafür ein Ausgleich geschaffen. So wird die Gleichwertigkeit aller Bereiche, die Einfluss auf die Wohn-, Lebens- und Arbeitsqualität für alle Heidelbergerinnen und Heidelberger haben, erhalten.

Wohnen

Entwicklung der Stadt

Da die Wohnraumbedarfsanalyse 2030 ein dramatisch hohes Defizit an einem für viele Menschen erschwinglichen Wohnraum nachweist, kommt dem „Handlungsprogramm Wohnen“ in der Kommunalpolitik oberste Priorität zu. Dieses muss auch der bestehenden Gefahr einer sozialen Segregation zwischen Nord und Süd entgegensteuern.

Bedeutsam für uns ist eine ausreichende Versorgung der Menschen mit bezahlbarem Wohnraum im gesamten Stadtgebiet, verbunden mit attraktiven Grün- und Freizeitflächen. Wo sich für bestimmte Bevölkerungsgruppen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt auftun, muss die Kommune Stadtentwicklung aktiv steuern, dafür muss sie über eine ausreichende Zahl an Wohnungen gerade im mittleren und unteren Preissegment verfügen.

Für uns ist Heidelberg eine Stadt mit vielen Gesichtern. Wir wollen die individuellen

Identitäten der Stadtteile erhalten und stärken. Dazu muss die Nahversorgung in allen Stadtteilen gesichert und zu Fuß erreichbar sein. Gleichzeitig setzen wir uns für den Erhalt und die Förderung historischer Bausubstanz ein.

Wohnen, Arbeiten, Leben – dies geschieht in den Stadtteilen. Insbesondere Wohnen und Leben verbinden die Menschen in erster Linie mit dem Stadtteil, in dem ihre Wohnung oder ihr Haus liegt. Daher tangiert die Entwicklung der Heidelberger Stadtteile die Menschen in besonderer Weise.

Die Stadtteilrahmenpläne (initiiert von der ehemaligen SPD-OB Beate Weber), welche die Entwicklung der einzelnen Stadtteile strukturieren, wurden ab Anfang der 1990er Jahre erarbeitet und in der Mehrzahl Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre durch den Gemeinderat beschlossen. Damit bedürfen sie einer Aktualisierung.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Die SPD Heidelberg wird sich dafür einsetzen, dass die Stadtteilrahmenpläne fortgeschrieben und den aktuellen Bedürfnissen und Rahmenbedingungen angepasst werden. Dabei ist eine integrierte Stadtteilentwicklung die Zielsetzung. Dies bedeutet, dass die einzelnen Themen wie z.B. Wohnen, Arbeiten, soziale Infrastruktur, Verkehr, Kultur und Umweltschutz nicht nebeneinander stehen und ggf. untereinander ausgespielt werden, sondern dass alle gemeinsam in ein Gesamtkonzept integriert werden.

Die Fortschreibungen der Stadtteilrahmenpläne werden in einem kooperativen und transparenten Verfahren erarbeitet. Für jeden Stadtteil werden öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, an denen sich alle interessierten Bewohner und Bewohnerinnen sowie alle anderen Akteure einbringen können. Dort wird besprochen, wie sich der jeweilige Stadtteil entwickeln soll und welche Maßnahmen dafür notwendig sind. Die konkreten

Vorgehensweisen werden den Anforderungen der jeweiligen Stadtteile angepasst und stehen im Einklang mit den Leitlinien der Bürgerbeteiligung.

Durch diesen Prozess werden für jeden Stadtteil Entwicklungsziele und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele erarbeitet, die auf die besonderen Situationen der Stadtteile zugeschnitten und mit den übergeordneten Zielen (z.B. für die Gesamtstadt) abgestimmt sind. Durch die umfassende Beteiligung der Bevölkerung können alle, die willens sind, ihre Sichtweisen einbringen, was zu einer höheren Akzeptanz und Unterstützung bei der Umsetzung führt.

Das vielfältige kulturelle Angebot und die sehr gute Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen wirken für junge Familien anziehend. Diese Bereiche gilt es, gezielt und mit einem Gesamtkonzept unterlegt weiterzuentwickeln und als Attraktivitätsmerkmal unserer Stadt auszubauen.

Alte Bausubstanz bewahren und die Identität der einzelnen Stadtteile erhalten

In Heidelberg finden sich Tradition und Moderne dicht nebeneinander. Es gilt hier die Balance zu halten. In unseren traditionell geprägten Stadtteilen Handschuhsheim, Neuenheim, Altstadt und Weststadt müssen über Erhaltungssatzungen die alte Bausubstanz, die Kulturdenkmäler und die stadtteilprägenden Ensembles bewahrt und gepflegt werden.

Insbesondere der Abriss historischer und solider Bausubstanz für scheinbar exklusivere Neubauten, z.B. in Neuenheim, muss eingedämmt werden. Instandhaltung und Sanierung alter Bausubstanz unter der Prämisse des Erhalts von Charakter und Erscheinungsbild müssen gleichzeitig gefördert werden. Für Wieblingen und Kirchheim wurden

daher von der SPD bereits in der Vergangenheit Erhaltungssatzungen beantragt, die von der Verwaltung zu erarbeiten sind.

Auch typische Siedlungsstrukturen wie im Pfaffengrund und dem Ochsenkopf dürfen nur behutsam weiterentwickelt werden, während die Bahnstadt für modernes und urbanes Bauen und Wohnen steht.

Auch öffentlicher Raum in den Stadtteilen muss aufgewertet werden, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Dabei soll ein Bezug zur Geschichte, Tradition und Kultur des Stadtteils hergestellt werden. Wir wollen, dass Tradition auf Moderne trifft und beides im Einklang steht!

Wohnraum für alle - „Handlungsprogramm Wohnen“ der SPD-Stadtratsfraktion

Durch die „Wohnraumbedarfsanalyse 2030“ wurde bestätigt, dass besonders Haushalte mit geringeren Einkommen in Heidelberg kaum noch ein bezahlbares Angebot auf dem Wohnungsmarkt finden. Die SPD fordert daher ein „Handlungsprogramm Wohnen“. Das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen muss im ganzen

Stadtgebiet gezielt erhöht werden. Der GGH als städtischem Wohnungsunternehmen kommt hier eine wichtige Rolle zu. Zielgruppen sind dabei Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende und junge Familien. Auch die Bedürfnisse finanziell eingeschränkter Seniorinnen und Senioren müssen berücksichtigt werden, insbesondere im

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Hinblick auf günstiges, barrierefreies Wohnen. Eine preiswerte Miete heißt für uns 5,50 €/qm Kaltmiete.

Wirklich preisgünstiges Wohnen ist auch bei der GGH nur im Altbaubestand zu verwirklichen. Deshalb darf eine, auch denkmalgeschützte, Wohnsiedlung wie die Blaue Heimat nicht abgerissen werden, sondern muss behutsam und bedarfsgerecht saniert und erhalten werden. Dabei muss die Stadt innovative Wohnprojekte und Baugruppen bei der Realisierung ihrer Projekte unterstützen. Dies gilt für das gesamte Stadtgebiet, insbesondere für die Konversionsflächen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns beim Thema Wohnbauförderung für ein starkes Engagement der Stadt gegenüber Land und Bund ein.

Zusammen mit der Entwicklung der Konversionsflächen ist ein besonderer Blick auf die Stadtteile zu werfen, die Bevölkerungsrückgang und eine signifikante Leerstandsquote aufweisen. Vorhandener günstiger Wohnraum, wie es ihn beispielsweise noch in Teilen der Bergheimer Straße gibt, darf nicht durch gewerbliche Neubauten ersetzt bzw. in gewerbliche Nutzung umgewandelt werden.

Das seit 2014 in Baden-Württemberg geltende Zweckentfremdungsverbotsgesetz halten wir für ein geeignetes Instrument, um Leerstand und gewerbliche Umnutzung von Wohnraum zu verhindern. Die Ausweitung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum wollen wir aktiv von Seiten der Stadt steuern und langfristig sichern lassen. Dafür gilt es, die bisherigen Programme effektiver zu machen.

Wir wollen auch in den nächsten Jahren die politischen Rahmenbedingungen für eine sozial verträgliche energetische Sanierung des Wohnungsbestandes schaffen, um die gesteckten Ziele im „Masterplan 100% Klimaschutz“ zu erreichen. Die Aufträge sichern Arbeitsplätze in den ansässigen Handwerksbetrieben und die Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Mieterinnen und Mieter profitieren von den Betriebskosteneinsparungen.

Es geht uns auch darum, vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Mit öffentlichen Investitionen wollen wir das Auftragsvolumen für Handwerk und Wirtschaft vor Ort sichern.

Nahversorgung in den Stadtteilen sichern

„Gutes Wohnen“ heißt auch, dass man kurze Wege zum Arbeitsplatz und den wichtigen Versorgungseinrichtungen des täglichen Lebens hat. Gerade in den nicht zentral gelegenen Stadtteilen kann dies zum Problem werden. Durch den Erwerb und die Zurverfügungstellung von Immobilien für die Nahversorgung muss die Stadt in unseren Augen gezielt Vorsorge treffen. Als

Vorbild kann der Ankauf der Räumlichkeiten im Forum auf dem Emmertsgrund dienen. Für die Planungen in der Bahnstadt und den Konversionsflächen bedeutet dies: Nahversorgungsstandorte und Gewerbeflächen für Kleindienstleister frühzeitig in der Planung berücksichtigen.

Begegnungsräume schaffen

Eine Stadt ist lebenswert, wenn die Menschen, die in ihr leben, lebendige Stadtteilzentren als Begegnungsräume vorfinden.

Für uns heißt das, an Plätzen die Aufenthaltsqualität mit ausreichend Sitzgelegenheiten, Mülleimern und einem attraktiven Grünflächenangebot zu steigern. Außerdem wollen wir hochwertige

Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche in zentraler Lage anbieten.

Das Stadtteilmanagement im Emmertsgrund ist eine Erfolgsgeschichte, die wir in andere Heidelberger Stadtteile tragen wollen. Wir fordern ein Quartiersmanagement in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sowie gezielte

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Angebote der offenen Jugend- und Gemeinwesenarbeit mit den Freien Trägern.

Auf Initiative der SPD wurde bereits für den Hasenleiser die Erstellung eines Quartiersmanagements im Haushalt 2013/14 aufgenommen und ist in Bearbeitung. Boxberg und Bergheim-West sollen folgen. Dieses Instrument ermöglicht die Schaffung eines sozial verträglichen Wohnumfeldes. Bei der Entwicklung des Stadtteils werden neben baulichen Interessen auch soziale Themen, Kultur, Umweltschutz und Wirtschaftsförderung in den Fokus gestellt.

Verbesserungen von Lebensbedingungen und Teilhabechancen müssen direkt vor Ort sichtbar und spürbar sein. Um dies zu erreichen, sind die Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern und der enge Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern unerlässlich. Das macht eine gute Stadtentwicklung möglich. Vor allem auch das

soziale Engagement wird in der positiven Entwicklung des Stadtteils sichtbar und muss auch andernorts gefördert werden.

Die Erhaltung und Schaffung von Spiel- und Freiflächen sowie Brunnen- und Wasserflächen im Rahmen eines Programms für Stadtbegrünung ist für uns in diesem Zusammenhang eine zentrale Aufgabe, denn die Durchgrünung – auch unterstützt durch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, z.B. durch Urban Gardening oder durch Wettbewerbe – ist in vielerlei Hinsicht wünschenswert und muss verbessert werden. Alle diese Maßnahmen steigern die Lebensqualität in unserer Stadt und bieten kostengünstige Freizeitmöglichkeiten direkt vor der Haustür.

Stadtentwicklung

Unser Ziel ist es, Heidelberg als lebenswerte Stadt mit sozialer Verantwortung zu erhalten und gleichzeitig die Weichen für eine zukunftsfähige Kommune zu stellen. Unser Leitbild der Stadtentwicklung ist daher von Vorstellungen der

nachhaltigen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts geprägt. Wir wollen, dass Heidelberg ein attraktiver Wohnstandort für viele unterschiedliche Menschen bleibt.

Heidelberg an den Fluss

Die SPD möchte die Stadt an den Fluss holen. Die einzigartige Lage Heidelbergs am Neckar, der romantische Blick auf das Schloss und die Stadt sind nicht nur ein Touristenmagnet, sondern ziehen auch täglich viele Heidelbergerinnen und Heidelberger an den Fluss.

Im Rahmen des Architektenwettbewerbs „Europas 10“ haben die Preisträger wertvolle Ideen geliefert. Mit dem Beitrag „Der Rote Faden“ soll der Raum zwischen Fluss und städtischer Bebauung landschaftlich, funktional und stadtgestalterisch aufgewertet werden.

All das geht auch ohne Tunnel.

Wir möchten das Neckarufer beidseitig begehbar machen und als Freizeitort ausbauen – für alle am Neckar liegenden Stadtteile. Die Idee, die Uferzonen zwischen Alter Brücke und Neuenheimer Feld / Zoo weiter zu einer durchgehenden Promenade auszubauen, unterstützen wir. Am Ende der Promenade soll ein neuer Eingang den Heidelberger Zoo näher an die Stadt bringen und so Teil einer Naherholungsroute am Fluss sein.

Ein neues Konferenzzentrum am Hauptbahnhof

Heidelberg ist eine Kongressstadt. Wir unterstützen weiterhin den Bau eines großen

Konferenzzentrums durch einen privaten Investor, wie wir dies auch schon in den letzten Jahren

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

getan haben. So werden mittel- und langfristig neue Arbeitsplätze geschaffen. Eine direkte finanzielle Beteiligung der Stadt lehnen wir aber ab. Die optimale verkehrliche regionale und überregionale Anbindung, die Nähe zur Altstadt und nach Bergheim sowie die Möglichkeit, ein

Hotel in direkter Nähe zum Konferenzzentrum bauen zu können, sprechen eindeutig für das Umfeld Hauptbahnhof. Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist für uns bindend, auch aus diesem Grund lehnen wir den Standort Stadthalle jetzt und in Zukunft ab.

Konversion

Chancen nutzen!

Die Konversion der ehemals von den US-Streitkräften genutzten Flächen ist für die Stadt Heidelberg eine große Herausforderung und eine einmalige Chance. 180 Hektar können neu entwickelt werden – für Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Die Schwerpunktsetzung bei der Weiternutzung dieser Flächen liegt dabei auf der Schaffung preisgünstigen Wohnraums und gemischter Sozialstrukturen, mit besonderem Augenmerk auf der Förderung von genossenschaftlichem Wohnen und Baugruppen. Eine Stadt lebt auch von der Weiterentwicklung der Wirtschaft. Daher müssen auch Flächen für lokale und mittelständische Betriebe ausgewiesen werden. Dabei ist auch an die Kreativwirtschaft zu denken. Auch wissenschaftlichen und

wissenschaftsnahen Einrichtungen müssen Flächen und Räume zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Möglichkeiten nutzt, die frei werdenden Flächen zu erwerben. Die Wahl eines eigenen Bürgermeisters für Konversion haben wir unterstützt, damit die Stadt die Verhandlungen mit dem Bund um die Flächen gestärkt führen kann. Wir werden darauf achten, dass die neu zu schulternden Aufgaben sachgerecht und im Sinne einer sozialen Stadtentwicklung durchgeführt werden. Die SPD fordert eine dauerhafte Einbeziehung aller Akteure in die Planung dieser Flächen, insbesondere der Heidelberger Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Leitlinien für die Konversion

Auf den Konversionsflächen sollen ausreichende Wohnangebote für unterschiedliche Einkommensgruppen und vielfältige Wohnformen (z.B. Bau- und Wohngenossenschaften, gemeinschaftliche Wohnprojekte sowie Miethäusersyndikatmodelle) geschaffen werden.

Generationenübergreifendes Wohnen und Modelle zur Kombination von Arbeits- und Wohnräumen gehören für uns zu einer urbanen Stadtkultur.

Auch offene Wohnmöglichkeiten für Demenzerkrankte und entsprechend angepasste Bewegungsräume müssen mitgedacht werden. Auf eine sozialverträgliche Durchmischung der Quartiere ist zu achten.

Wir setzen uns für die Vergabe von Flächen in Erbpacht statt Verkauf ein, damit die Stadt auch

langfristig Steuerungsmöglichkeiten behält. Gute Entwicklung braucht Zeit, daher ist auch an Möglichkeiten zur Zwischennutzung zu denken.

Neu entstehende Wohnquartiere müssen mit im Nahversorgungskonzept eingebunden sein. Dazu gehören u.a. entsprechende Angebote an Schulen, Kinderbetreuungsangebote sowie Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten.

Um den hohen Bedarf an preisgünstigem Wohnraum zu decken, fordert die SPD, in den einzelnen Quartieren 30 Prozent Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und geringem Einkommen zu schaffen. Der Mietpreis sollte auch hier bei 5,50 €/qm Kaltmiete liegen. Die SPD fordert alle Investorinnen und Investoren, insbesondere das Bündnis für Wohnen (Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz, FLÜWO Bauen Wohnen, Bauhütte Heidelberg

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Baugenossenschaft, Baugenossenschaft Familienheim Heidelberg, Baugenossenschaft Neu Heidelberg sowie die Heidelberger Volksbank und die Volksbank Kurpfalz H+G Bank) auf, sich dieses Ziel zu setzen.

Ziel ist auch ein Stadtteil der kurzen Wege und die Schaffung einer ökologisch ausgerichteten Mobilität. Der alltägliche Einkauf sollte fußläufig möglich sein. Ebenso muss eine Kinderbetreuung

sowie ein Ärztehaus bei den Gewerbeflächen eingeplant werden.

Identitätsstiftende und attraktive öffentliche Räume und Treffpunkte sollen ebenso entstehen wie gut vernetzte Frei- und Erholungsflächen. Es bieten sich Gestaltungsmöglichkeiten für Spielplätze, Grünflächen, „Urban Gardening“ und für Biotopvernetzung.

Ein STADTPARK für Heidelberg

Das Freizeitverhalten hat sich in den letzten Jahren gerade in den Städten verändert. Der Bedarf an urbanem Grün in Form von Parks und Wasserflächen ist gewachsen.

Heidelberg braucht neben der Neckarwiese weitere unversiegelte Grünflächen mit urbaner Aufenthaltsqualität. Diese sollten mit schon bestehenden Freiflächen vernetzt werden.

Im Rahmen einer Landesgartenschau könnte die

Forderung nach einem großen, attraktiven Stadtpark mit Wasserfläche auf dem und um das ehemalige Flugplatzgelände der US-Armee kreativ umgesetzt und eine neue innerstädtische Attraktion für alle Heidelbergerinnen und Heidelberger geschaffen werden.

In der Südstadt soll um die Kommandantur und die Chapel ein Themenpark, z.B. ein begehrter Wissenschaftspark, entstehen.

Lernexperimente im neuen Lern- und Bildungshaus

Die Einrichtungen für die Erwachsenenbildung gilt es zu erweitern. Mit den Konversionsflächen hat Heidelberg endlich die Möglichkeit, auch im Süden neue Infrastruktur und kreative Lernräume zu schaffen. Die SPD will eine neue Form eines Lern- und Bildungshauses auf dem Gelände der Campbell-Kasernen in Kooperation mit dem Explo verwirklichen. Im neuen Stadtteilzentrum soll ein offenes Haus für Lernexperimente für alle

Altersstufen entstehen. Neuartige Gebäude und Räume, gekoppelt mit neuartigen Lernkonzepten, sollen dem lebenslangen Lernen ein neues Gesicht geben. Gemeinsam konzipiert von Volkshochschule und Stadtbücherei und in direkter Nachbarschaft zum Explo, das nach Ansicht der SPD dorthin verlagert werden soll, würde im Süden ein neuer Lerncampus mit stadtweiter Strahlkraft entstehen.

Visionen für die Entwicklung der Kulturstadt – Konversionsflächen und IBA

Kultur ist für uns ein integrativer Faktor. Gerade die Konversionsflächen bieten eine Möglichkeit, die kulturelle Infrastruktur im Süden zu verbessern. Hier sind eine klare Strategie der Kulturnutzung zu entwickeln und entsprechende Flächenvergaben vorzunehmen. Die Campbell-Kasernen könnten ein zentraler Kulturplatz, z.B. mit dem Karlstorbahnhof und kommunalen Kino, ergänzt durch ein neues Lernzentrum am Paradeplatz, werden. Die Internationale

Bauausstellung (IBA) bietet die Möglichkeit, kulturelle Nutzungsformen mit Stadtplanung und Gebäudeentwicklung zusammen zu denken. „Kultur schafft Stadt“ und „Stadt schafft Kultur“ ergänzen hierbei „Wissen schafft Stadt“. Kulturelle Vermittlung von Wissen soll sich in gesamtstädtischen, repräsentativen IBA-Projekten und mehreren Stadtteil- und Konversionsflächenprojekten niederschlagen.

Arbeit und Wirtschaft

Heidelberg ist der Arbeits- und Ausbildungsort für viele Menschen. Für uns ist es eine wichtige Aufgabe städtischer Politik, diese Arbeitsplätze auch in Zukunft zu erhalten und die Entstehung von weiteren Arbeitsplätzen zu fördern. Wir fordern daher eine aktive kommunale Standortpolitik.

Dazu gehört es, ein diversifiziertes und qualitativ hochwertiges Arbeitsplatzangebot für alle Menschen in der Stadt zu erhalten und zu

schaffen. Aber auch das Lebensumfeld der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss auf ihre Bedürfnisse und Erfordernisse im Arbeitsalltag, von Familie und Freizeit abgestimmt sein.

Ebenso möchten wir klassische Gewerbe- und Produktionsstandorte in Heidelberg erhalten. Diese Betriebe bieten für viele Menschen Arbeits- und Ausbildungsplätze und tragen zur Finanzierung des städtischen Haushalts bei.

Bestehende Arbeitsplätze sichern

In den Heidelberger Gewerbegebieten finden viele Menschen Arbeit. Um die Betriebe langfristig am Standort zu halten, bedarf es stetiger Investitionen in bestehende Gewerbegebiete und eines optimierten Flächenmanagements seitens der Stadt. Durch Zwischenerwerb von Flächen und Flächenneuordnung, eine verbesserte Anbindung und Auszeichnung der Gewerbegebiete im Pfaffengrund, an der Rudolf-Diesel-Straße und

Wieblingen-Nord gilt es, die ansässigen Betriebe und ihre Erweiterungen und damit die dortigen Arbeitsplätze in ihrem Bestand zu sichern. Es ist uns wichtig, besonders mittelständische Betriebe in Heidelberg zu halten. Dafür muss die Stadt ein Konzept für zukünftige Gewerbeflächen erarbeiten, diese Flächen entsprechend ausweisen und für bestehende Betriebe und ihre Erweiterungen reservieren.

Neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen

Heidelberg verfügt als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort über ein klares Profil mit ausdifferenzierten Stärken. Diese Stärken muss die Stadt auch künftig durch die Neuausweisung von Technologie- und Gewerbeparks sowie die gezielte Ansiedelung von Betrieben nutzen und ausbauen. Wichtige Branchen sind dabei Medizintechnik, organische Elektronik und die Informationstechnologie. Dabei muss die gesamte Wertschöpfungskette von der Entwicklung bis zur Produktion abgedeckt werden. Dies garantiert

Synergieeffekte zwischen den Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie ein breites Arbeitsplatzangebot für Menschen mit allen Qualifikationen.

Es gilt, in den Konversionsflächen urbane Standorte, die Arbeiten, Wohnen und kulturelles Angebot eng miteinander verknüpfen, zu entwickeln, um den künftigen Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu entsprechen.

Kultur- und Kreativarbeit in der Kreativwirtschaft

Wir verstehen die Prozesse innerhalb einer „Kreativwirtschaft“ vor allem als die Arbeit von Kultur schaffenden und kreativen Menschen. In Heidelberg nehmen wir deshalb weniger die strukturellen Bedingungen einer abstrakten Kreativwirtschaft in den Blick, sondern die

Arbeitsverhältnisse, Entwicklungsmöglichkeiten und Angebote für die Kreativarbeitenden. Das Kreativwirtschaftszentrum „Alte Feuerwache“ hat gezeigt, dass Kultur- und Kreativarbeit eine gesellschaftliche Angelegenheit sind. Gerade junge Unternehmen und Kreativarbeitende

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

können von gemeinsam genutzten Flächen oder entsprechender Nachbarschaft profitieren.

Kooperative Arbeitsbedingungen und die entsprechende Mischung aus Kreativbereichen sollen durch einen öffentlichen Kultur/Kreativarbeitsspiegel, also um einen

„Mindest-Kreativ-Tarif“ für Heidelberg und einen beratenden Zentrumsbeirat befördert werden. Besonders Design, Architektur und Computerspiele sind ausgewiesene Bereiche für Heidelberg, die es gesondert zu berücksichtigen gilt.

Förderung kooperativer Kultur- und Kreativarbeit

Neuere Formen wie „Co-Working Spaces“ und Kreativarbeitsplätze können hier auch dezentral und temporär gedacht werden. Wir fordern, dass eine entsprechende Förderung von der Stadt durch

Mietzuschüsse oder Anschubfinanzierungen, die dabei an soziale Kriterien geknüpft sind, die Teilhabe, Inklusion und ein transparentes Nutzungsmodell ermöglicht.

Gute Anbindung der Arbeitsplätze

Die Attraktivität von Arbeitsplätzen ist eng mit ihrer Erreichbarkeit verbunden. Gerade in Städten mit geringem Flächenangebot muss dies neben gut gepflegten Straßenverkehrsverbindungen heißen, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr

mit benutzerfreundlichen Fahrzeiten anzubieten. Der Bau der Straßenbahntrasse ins Neuenheimer Feld ist daher überfällig. Wir setzen uns auch weiterhin für die Realisierung des Ausbauprojekts „Mobilitätsnetz Heidelberg 2020“ ein.

Für Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer suchen sich ihre Arbeitsstelle nach dem Angebot an sozialer Infrastruktur aus. Dazu gehören in erster Linie gleichermaßen das Angebot an Kinderbetreuung und Pflegebetreuung. Damit Heidelberg langfristig ein attraktiver Standort bleibt, wollen wir auch weiterhin in den Ausbau der Kinderbetreuung, v.a. den Ausbau des Platzangebotes für Kinder unter 3

Jahren, investieren. Hier müssen die Bedürfnisse der Eltern nach räumlicher Nähe zum Arbeits- oder Wohnort befriedigt werden. Darüber hinaus muss auch das Thema Pflege immer mehr in den Fokus rücken. Viele Beschäftigte müssen gerade Beruf und Pflege unter einen Hut bekommen. Heidelberg muss hier ambulante wie stationäre Einrichtungen bereitstellen und ein engmaschiges Netz an Unterstützungsangeboten knüpfen.

Soziales

Wir stehen zu dem Grundsatz: Heidelberg will eine Stadt des sozialen Ausgleichs sein, die Armut bekämpft, Ausgrenzungen verhindert und soziale Konflikte überwindet. Jede*r hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben! Diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können, müssen sich auf die Solidarität der anderen verlassen können.

Es ist unser Ziel, Heidelberg als eine vorsorgende und aktivierende Stadt des Miteinanders auszugestalten. Hilfen zur Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement, soziale Netzwerke, Nachbarschaftshilfen und die Träger der Freien Wohlfahrt leisten hier einen wichtigen Beitrag.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Armutsbekämpfung: Arbeit ermöglichen

Ziel von Stadtpolitik muss es im Rahmen ihrer Möglichkeiten sein, Menschen in Arbeit zu bringen und Menschen in Arbeit zu halten. Wirtschaftsförderung und Stärkung des Handwerks zur Stabilisierung des 1. Arbeitsmarktes sind für die SPD von großer Bedeutung. Wo der 1. Arbeitsmarkt keine Möglichkeiten bietet, müssen die Menschen über Beschäftigungsgesellschaften in Arbeit gebracht werden. Das gelingt durch gezielte städtische Förderung und Vergabe öffentlicher Aufträge, gekoppelt an Sozialkriterien. Soziale Kriterien im Vergabeverfahren sind insbesondere Tarifgebundenheit, Schutz tariflicher Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung von Mann und Frau. Abgesehen von der sozialpolitischen Dimension, der Hilfe beim Übergang aus der Arbeitslosigkeit in ein festes Arbeitsverhältnis, hilft dieses Engagement auch, Transferleistungen bzw. Abhängigkeit von Transferleistungen zu vermeiden.

Wir wollen Menschen in Arbeit bringen, deshalb muss das bewährte „Heidelberger Programm für Beschäftigung im städtischen Haushalt“ weitergeführt und, wenn möglich, verstärkt werden. Heidelberg ist bundesweit bekannt für sein Engagement für soziale Beschäftigungsunternehmen im 3. System, z.B. Die Werkstatt gGmbH oder die Heidelberger Dienste, wo gerade Langzeitarbeitslose neue Chancen erhalten; ebenso zu nennen ist die erfolgreiche „Initiative zur Förderung von Arbeitsplätzen für psychisch Kranke e.V.“ Deshalb unterstützen wir auch zukünftig Modelle für „behindertengerechte Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Wir wollen, dass die Stadt unter besonderer Berücksichtigung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch weiterhin Ausbildungsplätze in der Verwaltung über ihren eigenen Bedarf hinaus anbietet.

Teilhabe ermöglichen

Anzeichen von sozialer Spaltung in der Stadt gilt es entschieden entgegen zu treten und Stadtteile gezielt weiterzuentwickeln. Nach dem Bericht zur sozialen Lage sind in der Universitätsstadt Heidelberg ca. 11.300 Menschen (7,7%) arm oder armutsgefährdet, darunter 1.946 Kinder und Jugendliche.

Armut und wirtschaftliche Zwänge wirken sich nicht nur negativ auf das Wohlbefinden der Menschen aus, sondern verwehren vielen den Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe. Eine Stadt kann eine ausgewogene Sozial- und Kommunalpolitik nur gemeinsam mit starken Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern leisten. Wir setzen dabei weiterhin auf die bewährte Zusammenarbeit mit Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Kirchen und Einwohnerinitiativen.

Heidelbergerinnen und Heidelberger mit geringem Einkommen erhalten unter bestimmten Voraussetzungen den Heidelberg Pass, der Vergünstigungen beim Besuch städtischer Einrichtungen bietet. Die SPD setzt sich für den Erhalt dieser wichtigen Förderung ein.

Mit Beginn des Jahres 2014 startet auch der Probetrieb des Sozial-Metropol-Tickets. Damit wird eine langjährige Forderung der SPD umgesetzt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Projekt auch nach der Probephase fortgeführt wird, da es gesellschaftliche Teilhabe durch Mobilität für alle ermöglicht.

Daseinsvorsorge als städtische Aufgabe

Die SPD will eine sichere Versorgung bei Energie, Wasser und Müllentsorgung durch städtische Betriebe garantieren, daher werden wir uns gegen

jegliche Verkaufsgedanken zur Wehr setzen. Wir stehen für den Erhalt des städtischen Wohnungsbestandes auch zur Versorgung

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

einkommensschwacher Haushalte. Der monatelange Einsatz der SPD für den Erhalt der städtischen Wohnungen auf dem Emmertsgrund hat gezeigt, dass wir für unsere Überzeugungen eintreten, kämpfen und dafür auch den Rückhalt in der Bevölkerung haben.

Die Steigerung der Energiepreise trifft die Ärmeren in unserer Stadt mit besonderer Härte. Der auf

SPD-Initiative im Jahr 2007 von den Stadtwerken aufgelegte Nothilfefonds bei Energieschulden („Aktion Nähe“) hat sich als Hilfe in größter Not sehr bewährt. Durch jährliche Berichtspflicht der Verwaltung wollen wir dessen Nutzung künftig genau beobachten, um rechtzeitig geeignete Nachjustierungen bzw. Ergänzungen einleiten zu können.

Armut verhindern – Hilfe zur Selbsthilfe

Um Armut und Altersarmut zu verhindern und vorzubeugen brauchen Beschäftigte Löhne, die es ihnen und ihren Familien ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen zu können, sowie gesicherte Arbeitsplätze. Deshalb hat die Stadt Heidelberg als kommunaler Arbeitgeber für die Arbeitsplätze und die Arbeitsqualität eine besondere arbeitsmarkt- und sozialpolitische Verantwortung. Auf Dauer angelegte, reguläre Arbeiten und Funktionen dürfen nicht mit Leiharbeitskräften besetzt werden. Des Weiteren sollen betriebsbedingte Kündigungen sowie die Ausgliederung von Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden.

Menschen, die ungewollt in Not geraten, müssen auf Hilfsangebote zurückgreifen können. Die SPD würdigt die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen als die wichtigsten Institutionen zur Bekämpfung von Armut und dem Schaffen von neuen Perspektiven für überschuldete Menschen. Es muss darauf Wert gelegt werden, dass die Ausstattung und der bauliche Zustand der Wohnungen bzw. Unterbringungsmöglichkeiten den allgemeinen Standards entsprechen und so die Menschenwürde gewährleisten. Die Unterbringung in Not- und Übergangsquartieren muss die Ausnahme bleiben und die Vermittlung

in ein normales Mietverhältnis oberste Priorität haben. Für ein bedarfsgerechtes Angebot muss der städtische Zuschuss entsprechend erhalten und angepasst werden.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die gute Kooperation zwischen der Bundesagentur für Arbeit und unserer Stadt im Jobcenter beibehalten und weiterentwickelt wird.

Wir sagen Projekten der Kirchen, Gewerkschaften oder der Freien Wohlfahrtspflege, wie z.B. der AWO, dem Manna-Projekt der Diakonie, dem Kinderschutzzentrum oder Organisationen wie Obdach e.V. unsere Unterstützung zu.

Die soziale Arbeit für Menschen in Not- und Übergangsquartieren – wie die Arbeit der Caritas im Mörgelgewann – ist politisch notwendig und wird von uns nachhaltig unterstützt. Dezentrale Unterkünfte sind vorrangig zu halten und einzurichten. Dies gilt besonders für aufzunehmende Flüchtlinge. Vorhandene zentrale Quartiere mit größerer Aufnahmekapazität, wie z.B. das Notwohngebiet Mörgelgewann, werden wir im Rahmen der Konversionsentwicklung in eine qualitativ gehobene Stadt(teil)entwicklung einbinden.

Jedem Kind eine warme Mahlzeit und gleiche Bildungschancen

Seit Jahren ist bekannt, dass Armut mehr ist als nur materielle Armut, sie bedeutet schon für die Kleinsten Einschränkungen in allen Lebensbereichen, z.B. bei unzureichender Ernährung. Auf Initiative der SPD erhält jedes Kind mit Heidelberg Pass in der Kindertagesstätte oder

der Schule ein warmes Mittagessen für 1€, dieses Angebot werden wir weiterführen.

Ein weiteres SPD-Erfolgsprogramm ist das „Heidelberger Unterstützungssystem Schule“ (HüS), das vom Gemeinderat mitgetragen wird. Mehr als 6.000 Nachhilfestunden in Deutsch,

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Mathematik oder Fremdsprachen, sowie Kurse mit sportlichem und musisch-kulturellem Profil sind gerade Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien zugute gekommen. Dieses Angebot sorgt für Bildungsgerechtigkeit und wird von uns fortgesetzt.

Angesichts der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in Heidelberg das größte Armutsrisiko

tragen, ist es nötig, dass die Stadt hier ihren Handlungsspielraum ausschöpft und dafür sorgt, dass diese Kinder größtmögliche Teilhabe- und Bildungschancen erhalten, damit sich Armut und womöglich Ausgrenzung nicht über Generationen hinweg vererben. Deshalb gilt es, die Sozialplanung für alle Bevölkerungsgruppen weiterzuentwickeln und mit den erforderlichen Ressourcen zu versehen.

Generationsübergreifendes Zusammenleben

Als Wissenschaftsstadt gehört Heidelberg zu den wenigen deutschen Städten, die in den nächsten Jahren einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen wird. Dabei wird die Zahl der Jungen abnehmen, die Zahl der Älteren stark zunehmen. Auch für diese Bevölkerungsgruppe gilt es, Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und aktives Leben in der Mitte der Gesellschaft zu schaffen.

Der demografische Wandel vollzieht sich in jedem Stadtteil anders, das macht kleinteilige und spezielle Entwicklungen, gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadtteile, notwendig.

Dazu gehört es, gemeinsame Begegnungsstätten für Jung und Alt zu erhalten oder aufzubauen. Um möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen, bedarf es einer guten, fußläufig erreichbaren Nahversorgung und eines gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Seniorenzentren als wichtige Kristallisationspunkte in den Stadtteilen sind in ihrer Beratungskompetenz neben dem Pflegestützpunkt im Amt für Soziales und Senioren zu stärken. Ein Konzept hierfür ist die Etablierung von zusätzlichen Familientreffangeboten innerhalb der Seniorenzentren. Hier sollen durch Fachpersonal und ehrenamtlich ausgestaltete „Generationenprojekte“ gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren alle Fragen zur Betreuung, Erziehung und Gesundheit für junge

Familien beantwortet werden. Gleichzeitig entstehen anregende soziale Treff- und Kontaktmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren, die daran interessiert sind. Denkbar sind dabei auch „Patenprojekte“, wie z.B. kurzzeitige Betreuung, gemeinsames Vorlesen oder andere gemeinsame Aktivitäten. Generationsübergreifendes Leben wird so auch in Bereichen möglich, in denen gemeinsames Wohnen nicht möglich ist oder auch nicht angestrebt wird. Da dies nicht allein ehrenamtlich oder durch zusätzliche Arbeit der Angestellten in den Seniorenzentren selbst zu leisten ist, wollen wir hierfür zusätzliche Mittel für Personal bereitstellen. Diese sollen sowohl die Qualität des Angebotes sicherstellen, als auch den Anstoß und die Koordination von Aktivitäten sowie die Beratung verwirklichen.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre wird deutlich, dass eine Verwirklichung eines solchen Projekts nur in Kooperation mit den Trägern der Seniorenzentren, der Stadtverwaltung und der Politik möglich ist. Wir streben deswegen in den nächsten fünf Jahren die Umsetzung eines „Pilotprojekts“ in Kooperation mit allen Aktiven an. Findet sich für diese Entwicklung kein Träger, so streben wir die Pilotverwirklichung im städtischen Seniorenzentrum in der Weststadt an. Wenn man aufgrund von Pflegebedürftigkeit nicht mehr zu Hause leben kann, setzt sich die SPD dafür ein, dass alle Betroffenen, auch Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen, das Recht haben, ihr Pflegeheim frei zu wählen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Mit Demenz leben

Fachleute und Angehörige sind sich einig, dass es notwendig ist, für an Demenz Erkrankte einen Schutzraum in möglichst gewohnter Umgebung zu schaffen. Dieser Gedanke wird heute schon in vielen Betreuungseinrichtungen, vor allen Dingen in Mehrgenerationenprojekten, umgesetzt.

Die SPD schlägt den Bau eines so genannten Demenzdorfes (holländisches Beispiel – De Hogeweyk) vor. Es bietet neben der Sicherheit für

die Erkrankten einen Ort der Begegnung zwischen den Generationen und die Möglichkeit der Freizeitgestaltung, wenn auf dem Gelände auch für Nicht-Demente attraktive Einrichtungen (Park, Probenräume etc.) zu finden sind. In einer breit angelegten Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir für das Thema sensibilisieren sowie Anforderungen und Wünsche an ein solches Wohnprojekt diskutieren.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit beschreibt die Möglichkeit der frei zugänglichen Nutzung der baulich gestalteten Umwelt für Menschen mit Behinderung, für ältere Menschen und für Personen mit Kleinkindern. Der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Einrichtungen ist auszubauen, im privaten Bereich soll er gefördert werden. In der Bahnstadt ist z.B. jeder Gebäudeeingang barrierefrei und in jedem Geschoss gibt es mindestens eine barrierefreie Wohnung.

In Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung werden wir konsequent an unserem Ziel arbeiten, ein barrierefreies Lebensumfeld für allen Menschen in Heidelberg zu schaffen. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass zum Beispiel die Verkehrssituation auf mögliche Einschränkungen der Barrierefreiheit überprüft wird (z.B. Parken auf dem Gehweg, zu hohe Bordsteinkanten, Querungsmöglichkeit von Straßenbahnschienen etc.).

Bildung

Mit unserer Vielfalt an Schulangeboten wollen wir den unterschiedlichen Bedürfnissen junger Menschen Rechnung tragen. Verlässliche Ganztagsangebote insbesondere im Grundschulbereich müssen mit Unterstützung des Landes weiter ausgebaut werden.

Individuelle Förderangebote, wie das von der SPD initiierte „Heidelberger Unterstützungssystem Schule“ (HÜS), die eine Verbesserung der Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf zum Ziel haben, müssen als Standardangebot in der Stadt Heidelberg etabliert werden.

Die Modernisierung unserer Schulgebäude zu Lebens- und Lernräumen muss in den nächsten Jahren weiter mit Priorität verfolgt werden.

Jedes Kind ist einzigartig und muss darin unterstützt werden, sich ganzheitlich individuell zu entwickeln. Nur so kann es seine Fähigkeiten, Potenziale und Stärken frei entfalten.

Kindertagesstätten unterstützen mit ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag die Familien darin, die Kinder in ihrer frühkindlichen Entwicklung optimal zu fördern, beispielsweise durch Sprachförderung im frühen Kindesalter.

Bildung, vor allem die der Jüngsten, ist kein Projekt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sind verbindliche Standards für den Übergang Kindergarten-Grundschule notwendig.

Es gilt, kinderfreundliche Brücken zwischen vorschulischem und schulischem Bereich zu schaffen, um einen frühen Bruch in der Bildungsbiografie zu vermeiden und das längere gemeinsame Lernen zu fördern.

Um Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Heidelberg optimal zu unterstützen, wollen wir mit Unterstützung der Landesregierung für jedes Kind einen bedarfsgerechten und gebührenfreien Kindergartenplatz.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Ausbau der U3-Betreuung auf über 60%

Auf den Anfang kommt es an! Die SPD wird das bedarfsgerechte Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren weiter mit einem hohen Qualitätsanspruch ausbauen.

Hierfür wollen wir auch Bundesinvestitionen „einwerben“. Bei der Schaffung weiterer Betreuungsplätze ist es vor allem wichtig, nicht stadtweite Durchschnittswerte als Berechnungsbasis heranzuziehen, sondern die Betreuungsquoten der einzelnen Stadtteile zu betrachten und hier auf den tatsächlichen Bedarf zu reagieren.

Wir werden uns für den Bau eines Tagespflegezentrums in städtischer Regie (z.B. im Quartier Mark Twain Village) einsetzen. Dieses Zentrum soll Arbeitsmöglichkeiten und Raum für ca. 10 Tagespflegepersonen bieten und eine Flexibilität bei Betreuungssituationen (Vertretung, Randzeitenbetreuung, Übernachtungsmöglichkeiten oder Abholservice von den Kinderkrippen) ermöglichen. Diese Form der Betreuung hat sich in der Weststadt und im Bosseldorn bereits bewährt und wird von den Eltern gern angenommen.

Mehr Personal für die Inklusion

Damit Inklusion gelingt, sind bedarfsorientierte Lösungen notwendig. Multiprofessionelle Teams sind ein Muss, sowohl im vorschulischen als auch im schulischen Bereich, um Qualität zu sichern und jedem Kind und jungem Erwachsenen die richtige Förderung zukommen zu lassen. Für

standortbezogene Modelle dualer Ausbildung werden wir die Investitions- und Sachkostenzuschüsse dem heutigen Bedarf anpassen. Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass der Inklusionsauftrag dauerhaft im Schulgesetz verankert wird.

Staffelung der Kinderbetreuungsgebühren

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Grundpfeiler der Gleichberechtigung. Um diese Vereinbarkeit zu verwirklichen, ist es notwendig, die Gebühren für Kinderbetreuung an die Bedürfnisse der Familien und auch alleinerziehender Elternteile anzupassen.

Das politische Ziel der SPD ist die gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Hochschule. In

Heidelberg werden wir darauf hinwirken, Bildungs- und Betreuungsgebühren an staatlichen Einrichtungen sukzessive abzubauen. Als Übergangslösung fordern wir eine feinere Staffelung der Gebühren sowie höhere Beiträge für Hochverdienende. Dieses neue Konzept soll auch für andere Einrichtungen, wie z.B. die Musik- und Singschule, Kindergärten etc., erarbeitet werden.

Ausbau der Elternberatungsangebote

Eltern- und Familienbildung, Suchtberatung, Mediens Schulung u.v.m. sind Themen, bei denen wir als Kommune Hilfestellung geben können und müssen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in allen Heidelberger Kindertagesstätten Elternberatungsangebote geleistet werden. Diese Angebote haben sich bewährt und daher sollten

sie weiter bedarfsgerecht und stadteilorientiert ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für Eltern mit Migrationshintergrund, die mit der deutschen Sprache noch Schwierigkeiten haben, auch eine Fremdsprachenberatung angeboten wird.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Schule als Lebensraum

Gutes und erfolgreiches Lernen kann nur gelingen, wenn Kommune, Land und die Schulen vor Ort gemeinsam an einem Strang ziehen. Die soziale Herkunft darf nicht länger über den Bildungserfolg entscheiden, vielmehr gilt es, endlich Chancengleichheit im Bildungswesen herzustellen. Dabei werden wir den Bau und die Einrichtung von gebundenen Ganztagschulen vorantreiben, ebenso gehört die Schulsozialarbeit zur notwendigen Grundversorgung in allen Schularten.

Wir wollen eine gute räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen sicherstellen. Schule als Lebensraum braucht auch qualitativ hochwertige Außenflächen, die in der Unterrichts- und Freizeit genutzt werden können.

Wir setzen uns weiterhin für eine Öffnung der Schulen ein und fördern Partnerschaften zwischen den Schulen, Kooperationen mit Jugend- und Sportvereinen, der Musik- und Singschule, der Volkshochschule, den Theatern und der EXPLO.

Optimale individuelle Förderung umfasst für uns auch, gelingende Übergänge sicherzustellen und damit allen Lernenden eine durchgängige Bildungsbiografie zu ermöglichen. Für den Übergang Kindergarten-Grundschule müssen mit allen Partnern verbindliche Standards entwickelt werden, Gestaltungsspielraum gibt es auch noch beim Aufbau eines dauerhaften kommunalen, unterstützenden Übergangsmagements von der Schule in Ausbildung und Beruf in Zusammenarbeit mit der Jugendagentur Heidelberg.

Ausbau guter Ganztagschulen in allen Schularten

Mit dem Ganztagschulgesetz der Landesregierung werden wir in Heidelberg gebundene Ganztagsgrundschulen einrichten. Längerfristig ist es unser Ziel, die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit 50% der

Schülerinnen und Schüler die Ganztagschule besuchen können. Maßgeblich werden dafür die pädagogischen Konzepte der einzelnen Schulen sein.

HÜS – langfristig sichern

Das Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS) ist ein Programm, das die SPD-Fraktion konzipiert und im städtischen Haushalt verankert hat. Über 6.000 Stunden sind mittlerweile im Rahmen von HÜS unterrichtet worden. Von Nachhilfe in den Kernfächern Deutsch, Mathematik oder Fremdsprache bis hin zu Kursen,

die Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen stärken, wird ein breites Spektrum geboten. Ziel ist immer, dass Kinder und Jugendliche Lernerfolge in ihrer Schullaufbahn erleben und den einmal eingeschlagenen Weg auch erfolgreich abschließen können. Dieses Programm gilt es zu erhalten und auszubauen.

Kultur

„Mehr Kulturpolitik wagen“ in Heidelberg

Eine Vielfalt an kulturellen Einrichtungen ist wichtig für die Attraktivität einer Stadt. Heidelbergs regional und überregional herausragende Kulturinstitutionen in den Bereichen Film, Theater, Literatur, Museen, Musik und Kunst gilt es ebenso zu erhalten und zukunftsfähig zu machen, wie Bibliotheken,

Museen, Archive, Vereine und Initiativen. Darüber hinaus muss Kulturförderung das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglichen. Hier muss die Stadt infrastrukturell unterstützen und durch Einzelprojektförderung Bewährtes erhalten.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Kulturpolitik als profilbildende, öffentliche und kooperative Aufgabe

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik: Vielfalt, Teilhabe und kulturelle Bildung sind für uns Zwecke wie Ziele, um Heidelbergs Kulturleben und kulturelle Infrastruktur zu stärken. Unsere Gesellschaft erfordert kulturelle Integration und

gezielte Förderung. Wir möchten Kulturpolitik als profilbildende, öffentliche und kooperative Aufgabe gemeinsam mit den Künstlerinnen und Künstlern gestalten!

Reform der Kulturförderung in Heidelberg

Heidelberg braucht eine neue, klare Strategie der Kulturförderung: Zum einen gilt es, repräsentative, gesamtstädtische Institutionen weiterhin zu fördern, welche sich durch Präsenz, Auszeichnung, soziales Engagement, ein innovatives Programm und kulturelle Teilhabe bewährt haben. Diese Institutionen sind wichtig für die Entwicklung einer Kulturstadt und sollen bei der kulturellen Versorgung neuer Stadtteile eine besondere Rolle spielen.

Daneben müssen alternative Kulturangebote in einer neuen Systematik gefördert werden. Zum Beispiel könnten Anschubfinanzierung, mehrjährige Projektförderung und Übergangs- sowie Experimentierphasen ermöglicht werden.

Um Transparenz zu gewährleisten, setzen wir uns dafür ein, dass alle vier Jahre ein Kulturbericht veröffentlicht wird.

„big five“ – Heidelberg im Profil

Heidelbergs Kulturprofil ist vielfältig. Deshalb sollen im Turnus von fünf Jahren jeweils ausgelobte Jahresthemen, wie Literatur oder Theater, eine profilbildende Förderung ermöglichen. Öffentlichkeitsarbeit, kulturelles Engagement und besondere Projektförderung sollen zu den „big five“ unserer Stadtkultur beitragen. Wir zählen hierzu im Besonderen Literatur, Theater und Tanz, Kunst und

Wissenschaft, Film und Medien sowie Jugendkultur. Für die Umsetzung der Profiljahre sollen Komitees verantwortlich sein, die in wechselnder und paritätischer Besetzung aus Institutionen, Vereinen und Initiativen der Stadtgesellschaft zusammen mit dem Kulturamt das jeweilige Profiljahr transparent planen und gestalten.

Projektförderung von Profil-, Stadtteil- und Jugendkultur

Die Förderung von Kulturprojekten in Heidelberg soll vor allem der Teilhabe, der Nachhaltigkeit und dem Experimentieren mit neuen Ideen dienen. Der Anteil an Projektförderung ist zu erhöhen. Die Mindestfördersumme von Projekten ist in den jeweiligen Profiljahren zu verdoppeln.

Interkulturelle und inklusive Aspekte sind zu berücksichtigen.

Die Projektförderung ist um Richtlinien zu ergänzen, die gemeinsam mit den Kulturschaffenden erarbeitet werden sollen.

Jugend

Lebendige Jugendkultur entsteht in und durch Freiräume. Jugendliche haben unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse und bringen diese auch auf unterschiedliche Weise in die Stadt ein.

Die Politik hat den Auftrag, die Bedürfnisse zu erkennen und ein breit gefächertes Angebot im Rahmen der Jugendpolitik der Stadt Heidelberg zu schaffen. Das Argument der demografischen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Entwicklung darf nicht dazu genutzt werden, dass die Interessen von Jugendlichen in der Stadtpolitik

zu kurz kommen.

Kooperationen fördern

Die Vereine unserer Stadt bringen sich mit ihren Angeboten in einem hohen Maß in die Jugendarbeit ein. Diese Angebote gilt es zu nutzen, vor allem aber auch zu unterstützen. Es ist wichtig, Konzepte für die Vereinbarkeit und die Verzahnung von Vereinsarbeit und Ganztagschule zu entwickeln. Die Stadt ist dabei in der Verantwortung, die ehrenamtliche Arbeit zu

unterstützen. Hier gilt es, die teils unterschiedlichen Interessen zu verbinden und eine Zusammenarbeit zu fördern. Zum anderen ist in der Vorbereitung der Zusammenarbeit ein strukturiertes Konzept eine wichtige Voraussetzung – hier kann die Stadt mit Beratungs- und Vermittlungsangeboten unterstützend steuern.

Raumangebot dem Bedarf anpassen

Zur Stärkung der Verbandsarbeit insgesamt aber auch für selbstorganisierte Jugendgruppen brauchen wir ein Gesamtkonzept, um den Raumbedarf für diese Gruppen zu befriedigen. Nach einer Bestandsaufnahme der Angebote und zur Verfügungen stehenden Räumlichkeiten erfolgt eine Abfrage des Bedarfes. Die Ergebnisse müssen auf transparenten Plattformen bekannt gemacht werden (z.B. analog der Angebote für Kultur- und Kreativwirtschaft), denn nur so kann die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Verbänden, Stadt und den Jugendlichen verbessert werden.

In diesem Zusammenhang schlagen wir vor zu prüfen, ob das Gebäude der Julius-Springer-

Schule, die ehemalige Hotelfachschule, (nach der Verlegung des Schulbetriebs in die Mark-Twain-Schule) für eine entsprechende Nutzung geeignet ist. Auch am Standort „Karlstorbahnhof“ wollen wir einen Ort der Jugendkultur erhalten.

Bei der Schaffung von Räumen für Jugendliche muss gleichzeitig immer beachtet werden, dass diese Orte auch erreichbar sein müssen. Wir werden uns daher für eine zeitlich eng getaktete Anbindung der Kulturstätten und Sportzentren vor allem auch an Sonn- und Feiertagen sowie in den Abend- und Nachtstunden einsetzen. Besonders die Bergstadtteile Emmertsgrund und Boxberg müssen besser an die anderen Stadtteile angebunden werden.

Stadtjugendring nachhaltig fördern

Wir wollen, dass der Stadtjugendring Heidelberg als starke Stütze der Jugendverbandsarbeit in Heidelberg auf eine nachhaltige Finanzierungsbasis gestellt wird. Die Überarbeitung der Zuschussrichtlinien und entsprechenden Verträge muss unter der Prämisse der Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der laufenden Verbandsarbeit erfolgen. Bürokratische

Regelungen sind so einfach wie möglich zu gestalten. Fördermittel sollen nur zu einem sehr geringen Teil projektbezogen und nur zusätzlich zu den bereits vorhandenen Mitteln zur Abrufung gestellt werden. Eine langfristige und sichere Finanzierung und eine Anpassung der Zuschüsse an die Preissteigerung und Erweiterung der Vereinsbasis wollen wir sicherstellen.

Mehr Mitbestimmung für Jugendliche

Wichtig ist auch die dezentrale Mitarbeit von Jugendlichen bei der Gestaltung der Heidelberger Stadtteile. Wir unterstützen weiterhin die Arbeit

des Jugendgemeinderates. Zusätzlich wollen wir weitere Mitbestimmungsmöglichkeiten und mehr

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Beteiligung für Kinder und Jugendliche durch Stadtteilkonferenzen.

Neckarwiese als unkommerziellen Raum erhalten

Ein zentraler Punkt des öffentlichen und vor allem unkommerziellen Lebens ist in Heidelberg die Neckarwiese. Auch für Jugendliche ist dies ein wichtiger Treffpunkt. Dort wird Sport getrieben, gegrillt, gequatscht und gefeiert und das alles ohne Eintrittspreis oder Konsumpflicht. Dieser Raum und wichtiger Bestandteil des Heidelberger Lebens muss erhalten werden und weiterhin allen offen stehen. Natürlich bleiben Interessenkonflikte zwischen Nutzenden und

Anwohnerinnen und Anwohnern nicht aus. Diese müssen ernst genommen und im Dialog gelöst werden. Verbote allein helfen hier nicht weiter. Kleine Schritte, wie die Schaffung von mehr ausgewiesenen Grillflächen, eine bessere Beleuchtung, mehr (feuerfeste) Mülleimer sowie mehr und vor allem durchgehend geöffnete Toiletten können bereits einiges Konfliktpotential entschärfen.

Konversionsflächen nur für Investorinnen und Investoren?! – Die Jugend braucht eine Lobby!

Die Umwidmung der Konversionsflächen vor allem in der Südstadt, Rohrbach und Kirchheim bietet auch im Bereich der Jugendpolitik eine große Chance. Hier können Freiräume für Jugendliche in relativ zentraler Lage geschaffen werden. Dabei denken wir nicht nur an langfristige Projekte, sondern auch Zwischennutzungen für zeitlich begrenzte Jugendprojekte sind denkbar. Von Jugendlichen selbstverwaltete Projekte, Partyräume, Proberäume für Bands oder Tanzprojekte können hier Platz finden. Synergieeffekte nutzend sollten

hier gleichzeitig unter dem Stichwort „Clubkultur“ auch Auftrittsräume geschaffen werden. Aber natürlich müssen auch seitens der Stadt Mittel für Projekte, die unbürokratisch beantragt und ggf. bewilligt werden können, zur Verfügung gestellt werden.

Egal, ob organisiert oder nicht: Jugendkultur findet vor Ort statt, d.h. in den Stadtteilen. Das Angebot an Freiräumen für Jugendkultur muss daher stadtteilbezogen gedacht und geplant werden.

Sport

Fortführung des Sportförderprogramms

Für die SPD und die SPD-Gemeinderatsfraktion hatte der Sport in den vergangenen Jahren immer einen hohen Stellenwert. Wir werden dafür sorgen, dass die SPD auch in Zukunft für Sport und Vereine ein verlässlicher Partner bleibt.

Wir wollen die Förderung des Sports in Heidelberg auf eine nachhaltige Grundlage stellen. Auch in Zukunft sehen wir in der Förderung von Breiten- und Spitzensport eine wichtige gesundheitspolitische und soziale Aufgabe. Wir

setzen uns dafür ein, dass das Sportförderprogramm weiter ausgebaut wird.

Wir müssen die Aus- und Weiterbildung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter gezielt städtisch fördern. Nur so kann die Qualität im Kinder-, Jugendsport und Erwachsenensport erhalten bzw. erhöht werden.

Aktualisierung des Sportstättenbedarfsplans

Der Neubau des Sportzentrums Mitte, die bevorstehende Übergabe der Sportstätten auf den

Konversionsflächen und das Ergebnis unserer eigenen Umfrage unter den Heidelberger

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Sportvereinen machen die Aktualisierung des Sportstättenbedarfsplans notwendig. Diese Aktualisierung kann aufzeigen, ob Engpässe vorliegen oder Freiräume bestehen. Damit kann eine effiziente Nutzung der Sportstätten sichergestellt werden. Schon jetzt ist abzusehen,

dass die Nachfrage nach Hallenkapazitäten bei weitem das vorhandene Angebot übersteigt. Hier muss nachgebessert werden. Deshalb müssen auch dringende Sanierungen renovierungsbedürftiger Sportsstätten zeitnah umgesetzt werden.

Öffentliche Sportflächen schaffen Lebensqualität

Öffentliche Schwimmbäder, Freizeit- und Sportflächen, wie z.B. an der Neckarwiese, sind unverzichtbar. Bei Bedarf muss auch an neuen Standorten über entsprechende Möglichkeiten für sportliche Freizeitaktivitäten gearbeitet werden. Denkbar sind hier öffentliche Sportstätten wie die klassischen „Bolzplätze“, die über die ganze Stadt verteilt für Kinder und Jugendliche gut erreichbar sein müssen. Gleichzeitig wollen wir uns dafür stark machen, dass für die ständig steigende Zahl älterer Sport treibender Mitbürgerinnen und Mitbürger eine Erweiterung der Sportangebote erfolgt. Ideen und Initiativen für Sport und Gesundheitsförderung wie moderne „Trimmfit-Pfade“, der „Alla-Hopp-Sportpark“ in Kirchheim

oder „Boule-Bahnen auf öffentlichen Plätzen“ wollen wir fördern.

Die SPD unterstützt in den Konversionsgeländen die Einrichtung spezieller Freizeit- und Sporteinrichtungen für Jugendliche und Kinder, z.B. mit einer Rollschuh- und Inline Skate-Bahn, eines Fahrradparcours u.a. in Form einer Spielinsel. Dies sollte vor allen Dingen Kindern und Jugendlichen zugute kommen, die nicht Mitglied eines Sportvereins sind.

Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Kurzzeit- und Abendtarife in den Heidelberger Bädern ein.

Diversität

Die Gleichstellung aller Geschlechter ist weiterhin Ziel unserer Politik. Ob im Arbeitsleben oder in der Freizeitgestaltung gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter ermöglichen. Darüber hinaus setzen

wir uns dafür ein, bestehende Ungleichheiten in der Behandlung von Homosexuellen und Heterosexuellen weiter abzubauen sowie die Rechte von Inter*- und Trans*-Personen zu stärken.

Bestehende Angebote sichern, neue Projekte unterstützen

„BILDUNG integriert, BERATUNG eröffnet ZUKUNFT!“ (BiBeZ), Frauenhaus e.V., Frauennotruf Heidelberg e.V., fairmann e.V., LuCa Heidelberg e.V., FrauenGesundheitsZentrum Heidelberg und Internationales Frauen- und Familienzentrum Heidelberg e.V. (IFZ) – alle diese Vereine und Institutionen leisten seit Jahren wertvolle Beratungs- und Informationstätigkeit in Heidelberg. Ein großer Teil ihrer Arbeit findet im Präventionsbereich statt, den wir weiterhin unterstützen und fördern werden. Wir werden uns für die weitere finanzielle Förderung auf mindestens gleichem Niveau einsetzen.

Außerdem müssen die Beratungsangebote für Inter*- und Trans*-Personen verbessert werden. Hier regen wir eine Förderung von und Zusammenarbeit mit Initiativen wie der Heidelberger Initiative „Identität & Geschlechtlichkeit“ an.

Das Angebot des Frauennachttaxis wollen wir unbedingt erhalten. Dabei werden wir uns dafür einsetzen, dass auch Studentinnen, Schülerinnen und weiblichen Auszubildenden das Recht auf den ermäßigten Fahrpreis zusteht.

Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Homosexualität gehören seit Jahren zu unserem

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Alltag und sind vor allem in den Städten akzeptiert. Aber noch immer ist die Selbstmordrate bei homosexuellen jungen Menschen überdurchschnittlich hoch. Die Psychologische Lesben- und Schwulenberatung Rhein-Neckar (Plus e.V.) in Mannheim, die einzige Anlaufstelle dieser Art in Baden-Württemberg, wird hier beratend tätig. Da auch etwa 20% der Ratsuchenden Heidelbergerinnen und Heidelberger sind und das Angebot von Plus e.V.

nutzen, werden wir für eine finanzielle Beteiligung der Stadt Heidelberg werben. Im Rahmen der Gender Budgeting-Vorgaben wollen wir den Haushalt, die städtischen Ausgaben und die dadurch erreichten Veränderungen auf die Erfüllung unserer Gleichstellungsziele hin überwachen. Diese Ergebnisse wollen wir durch das Amt für Chancengleichheit transparenter kommunizieren.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Mit der Unterzeichnung des Planungsleitfadens über die „Sicherung von sozialen Qualitäten bei Baumaßnahmen in der Stadt Heidelberg – Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens“ im

Jahre 2002 ist die Erhaltung und Steigerung des Sicherheitsempfindens in Heidelberg ein dauerhafter Auftrag bei (Um)Baumaßnahmen jeglicher Art. Wir regen die Überprüfung des Leitfadens im Hinblick auf die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern

auf kommunaler und regionaler Ebene“ an, denn die Sicherheit im öffentlichen Raum - die durch städtische Baumaßnahmen maßgeblich beeinflusst werden kann – ist auch eine ihrer zentralen Forderungen.

Das Ideen- & Beschwerdemanagement der Stadt Heidelberg ermöglicht einen unbürokratischen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Wir haben vorgeschlagen, die Erweiterung der Hotline und der Heidelberg-App um den Punkt „Angsträume in Heidelberg“ vorzunehmen.

Integration

Anerkennungs- und Willkommenskultur – Heidelberger Integrationspreis

Wir heißen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Heidelberg als Mitglieder der Stadtgemeinschaft willkommen. Dabei sind die Voraussetzungen für eine breite Willkommens- und Integrationskultur in Heidelberg besser als in anderen Städten Deutschlands. Ungefähr ein Drittel der Stadtbevölkerung hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Dies hat mit dem Charakter der Wissenschaftsstadt zu tun, aber auch mit „klassischen“ Migrationsbiografien der 60er und 70er Jahre und später.

Als SPD ist es uns wichtig, diesen Menschen und den folgenden Generationen ein Gefühl der Anerkennung für den Beitrag zu unserer

Stadtgemeinschaft und Wirtschaftsleistung zu vermitteln.

Die SPD Heidelberg fordert die Einführung eines städtischen Integrationspreises für Menschen, deren Lebensweg besonders mit der Migration nach Heidelberg verbunden ist. Dabei können sowohl außergewöhnliche Leistungen um die Stadt, Forschung oder Kulturverständigung als auch ganz „normale“ Lebenswege ausgezeichnet werden, die sich besonders durch lebenslange Arbeit in Heidelberg auszeichnen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Soziale Stadt Heidelberg – Integration vor Ort

Neben der Anerkennung der Leistungen von Menschen ohne deutschen Pass in unserer Stadt dürfen wir natürlich die bestehenden Probleme im Bereich Migration nicht aus dem Blick verlieren.

Wir wollen allen Menschen die gleichen Bildungs- und Berufschancen eröffnen. Konkret heißt das für uns auch, dass der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in Ämtern und Behörden erhöht werden muss. Nicht nur für Migrantinnen und Migranten, sondern auch für alle anderen Menschen, die gesellschaftlich vermehrt mit Diskriminierung rechnen müssen, wünschen wir uns die Einführung anonymer Bewerbungsverfahren für städtische Stellenausschreibungen.

Im Rahmen unserer Vorstellungen der sozialen Stadt stehen wir gegen soziale, ethische und kulturelle Segregationstendenzen. Eine Durchmischung der Stadtteile erhöht die Lebensqualität für alle Menschen. Dazu muss, wie

bereits im Bereich Wohnen betont, auch eine entsprechende Anzahl preisgünstiger Mietwohnungen in allen Stadtteilen vorgehalten werden. Bei der Erschließung neuer Stadtteile muss dies selbstverständlich auch unter dem Aspekt der Migration mit bedacht werden.

Die SPD Heidelberg fordert außerdem, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in Heidelberg dezentral und in gut durchmischten Wohnquartieren untergebracht werden, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, bei der Arbeit oder im Bildungsweg führen oft zu nachhaltigen sozialen Einschränkungen. Wir wollen deswegen einen verstärkten Fokus auf die Antidiskriminierungsarbeit in diesen Bereichen richten sowie die Ansprechbarkeit und Vermittlung bei Problemen über die Stadt etablieren.

International Welcome Center

Wir unterstützen die Gründung eines „Welcome Center“, in dem Zuwanderer erste Hilfen, Unterstützung, Informationen und Ratschlag bekommen und kulturelle und religiöse

Unterschiede gewürdigt werden. Bei der Standortsuche priorisieren wir ein städtisches Gebäude mit direkter Anbindung.

Umweltschutz

Dauerhafter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Wir setzen uns für die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren wichtigen Projektpartnerinnen und -partnern wie BUND, NABU, Biotopschutz e.V., dem Umwelt-Prognose Institut (UPI) und dem Institut für Energie und Umwelt (IFEU) ein. Der Schutz der Umwelt ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der

Kommunalpolitik erfasst: die Energieversorgung, die Freizeitgestaltung, die Landwirtschaft, die Verkehrspolitik, die Wirtschaftsförderung, den Wohnungsbau und erst recht die Entwicklung neuer Stadtteile wie der Bahnstadt und der Konversionsflächen.

„Masterplan 100% Klimaschutz“ hat Bestand

Wir werden uns auch künftig im Gemeinderat für eine Politik der Zukunftsfähigkeit stark machen, so dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gleichberechtigt verfolgt werden. Gerade in Zeiten knapp gewordener Finanzen bedarf es einer

starken, weitsichtig handelnden Kraft. Seit 1992 betreibt die Stadt Heidelberg für ihre mehr als 1.000 kommunalen Liegenschaften ein Energiemanagement mit dem Ziel einer ökonomischen und ökologischen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Gesamtoptimierung. Um auch hier eine Reduzierung der CO² Emission zu erreichen, setzen wir uns für die Sanierung städtischer Gebäude ein.

Auch die Wohnungsbaugesellschaften sollten diese Standards bei ihren Gebäudesanierungen zugrunde legen.

Umweltfreundlicher Verkehr in Neubaugebieten

Bei Planung und Bau neuer Quartiere sollte dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und dem Radverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden, denn ein Viertel aller Treibhausgase wird durch den Verkehr verursacht. Auf dem Weg zu

einer klimaneutralen Stadt begrüßen wir die Einrichtung autofreier Quartiere, die durch benutzerfreundliche und quartiersnahe Stellplätze für Carsharing-Angebote und Fahrradverleihsysteme komplettiert werden.

Umsetzung des Projekts „Mobilitätsnetz Heidelberg 2020“

Das Thema Mobilität bewegt alle Bürgerinnen und Bürger. Im Mobilitätsnetz wurden bereits geplante und neue Projekte gebündelt, um das Straßenbahnnetz in Heidelberg und der angrenzenden Region zu verbessern oder

auszubauen. Für uns stellen der Ausbau des Straßenbahnnetzes und die schrittweise Umstellung auf Ökostrom eine nachhaltige Erhöhung der Lebensqualität in Heidelberg dar.

Erhalt unserer Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete

Obwohl Heidelberg von Wald umgeben ist, erfüllt das öffentliche Grün in der Stadt wichtige Funktionen. Neben ökologischen und sozialen Aspekten sehen wir die Grünflächen vor allen Dingen als Orte der Erholung und Begegnung, deshalb möchten wir, dass in den einzelnen Stadtteilen attraktive Grünflächen geschaffen und Nachverdichtungen äußerst restriktiv gehandhabt und - wo möglich - vermieden werden. Die Grünflächen in den Konversionsgebieten sind zu erhalten, hier kann ein grüner Stadtteil entstehen.

Ebenso sind die heute noch für Gartenbau und Landwirtschaft genutzten Freiflächen im Süden

und im Norden der Stadt zu erhalten, so z.B. das Handschuhsheimer Feld. Es muss vor neuer Bebauung geschützt werden, damit sich auch in Zukunft Erwerbsgartenbau, Naherholung und Naturschutz in einem ausgewogenen Miteinander entwickeln können.

Eine fünfte Neckarbrücke mit einem ausgebauten Klausenpfad muss ausgeklammert bleiben. Benachbarten, sich dynamisch entwickelnden Wirtschaftsbetrieben sollen Entfaltungsmöglichkeiten in den neuen Stadtteilen und den Konversionsflächen aufgezeigt und angeboten werden.

Stadtklima verbessern

Zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Reduzierung von überhitzten Sommernächten wollen wir prüfen lassen wo Fassadenbegrünung

Abhilfe schaffen kann und dafür werben. Öffentliche Gebäude sollen nach Möglichkeit begrünt werden.

Nachhaltige Wirtschaft und eine umweltgerechte Kreislaufwirtschaft

Wir wollen nachhaltig wirtschaftende Firmen und Betriebe fördern. Im Bereich des Einzelhandels setzen wir uns für die zunehmende Vermarktung regionaler Lebensmittel ein. Eine weitere Senkung

des Abfallaufkommens ist ein persönlicher Beitrag zum Umweltschutz jeder Bürgerin und jeden Bürgers. Wir fordern deshalb ein Konzept zur stetigen Verringerung des Abfallaufkommens.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

Mobilität

Wir wollen, dass jeder Mensch in Heidelberg mobil sein kann, unabhängig von der jeweiligen individuellen Situation! Unser Grundsatz ist die gerechte Verteilung des vorhandenen Straßenraums.

Ein gutes Miteinander aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist hierfür ebenso von Nöten wie ein sozialer und ökologischer Leitfaden. Hierfür hat die SPD in den letzten Jahren schon einiges getan, wie z.B. die Einführung des Jobtickets an der Universität, des Metropol-Sozialtickets sowie stetige Verbesserungen der Moonliner-Linien. Einiges liegt aber noch vor uns.

Wir unterstützen die rasche Umsetzung des „Mobilitätsnetzes Heidelberg“, um einen

leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu gewährleisten. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes hat oberste Priorität.

Des Weiteren wollen wir die Radwege in Heidelberg sicherer und besser machen. Während der stadtweiten SPD-„Aktion: Radfalle“ haben wir viele Anregungen aus der Bürgerschaft erhalten, wie das Radverkehrsnetz in Heidelberg verbessert werden kann.

Auch die Instandhaltung und Ausbesserung von Fußwegen streben wir vor allen Dingen in Bezug auf Barrierefreiheit an.

Die SPD unterstützt das langfristige Programm zur Straßensanierung, um eine angemessene Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten.

Öffentlicher Personennahverkehr – Projekt „Mobilitätsnetz Heidelberg 2020“

Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) ist das Rückgrat der stadt- und umweltfreundlichen Verkehrsarten, die zusammen im Verbund unabhängige und nachhaltige Mobilität gewährleisten. Die SPD Heidelberg will deshalb im Rahmen des Mobilitätsnetzes das gestückelte Straßenbahnnetz zu einem wirtschaftlich effektiven Gesamtnetz ausbauen und damit die Buslinien auf diesen Strecken ersetzen.

Das beschlossene „Mobilitätsnetz“ (www.mobinetz-hd.de) besteht aus 8 Teilbereichen aus dem Nahverkehrsplan, davon 6 in Heidelberg. Insgesamt wird damit das Straßenbahnnetz von derzeit 25 km um ca. 15 km erweitert bzw. ausgebaut.

Dies ist auch finanzierbar, denn nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)

werden 80% der Kosten erstattet, 20% davon übernimmt das Land, 60% der Bund. Der GVFG-Antrag für das Mobilitätsnetz ist vom Land Baden-Württemberg an den Bund weiterzureichen. Wir fordern die Bundesregierung auf, das GVFG über 2019 hinaus zu verlängern. Die Straßenbahn durch das Universitätsgelände Neuenheimer Feld muss aufgrund der Zuspitzung der Verkehrssituation dringend und baldmöglichst gebaut, also im Rahmen des Projektes vorgezogen werden. Sollte sich nach Erhalt des Planfeststellungsbeschlusses der Zuwendungsbescheid für diese Neubaustrecke verzögern, übernimmt die Stadt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die Vorfinanzierung der anstehenden Kosten.

Öffentlicher Personennahverkehr - Beschleunigung und Taktverdichtung

Wir wollen den ÖPNV durch Vorrangschaltung an signalisierten Kreuzungen durchgehend beschleunigen.

An Wochenenden, Feiertagen und in den Abendstunden ist das Angebot von Straßenbahnen und Bussen nicht zufriedenstellend. Wir streben daher eine Verdichtung von einer halbstündigen auf eine

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

viertelstündige Taktung an, auch um die Anschlüsse an die S-Bahn zu verbessern. Ebenso wird für das neue Kino in der Bahnstadt eine Taktverdichtung mindestens in den Abendstunden des Wochenendes nötig werden.

Die Einführung der S-Bahn im Rhein-Neckar-Gebiet wird allgemein als verkehrspolitischer Fortschritt gesehen. Wir werden dieses Angebot mit überschaubarem finanziellem Aufwand sukzessive optimieren, z.B. durch eine verbesserte Erreichbarkeit von S-Bahn-Haltestellen für Fußgänger und Radfahrer durch einen Ostausgang an der Haltestelle Weststadt/Südstadt sowie eine

Öffnung des renovierungsbedürftigen Bahntunnels und Posttunnels am Hauptbahnhof für den schnellen, ungehinderten Durchgang zu den Gleisanlagen.

Für die Anbindung der Stadtteile Boxberg und Emmertsgrund wollen wir einen einjährigen Probeverkehr von Direktbussen zu wichtigen Punkten im Stadtzentrum (Hauptbahnhof, Bismarckplatz) einführen. Bei entsprechender Nutzung soll das Konzept dauerhaft etabliert werden. So können diese Stadtteile näher an die Stadt geholt werden.

Motorisierter Individualverkehr

An Verkehrsknotenpunkten mit hoher Umweltbelastung fordern wir Abhilfe zu schaffen. Für Straßen mit hoher Autoverkehrsichte wie die Mittermaierstraße und die Römerstraße müssen straßenbauliche Lösungen gefunden werden, um die Lebensqualität der Anwohner zu verbessern.

Wir wollen viele Menschen dazu einladen, vom Autoverkehr auf den ÖPNV umzusteigen. Durch intelligente Ampelschaltungen profitieren Autofahrerinnen und Autofahrer, wie auch die Nutzer des ÖPNV: sie gewähren durch eine höhere

Durchlässigkeit an Kreuzungen ein angenehmes Fahren auf Straße und Schiene!

Schlaglöcher und marode Straßen gefährden die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gleichermaßen. Solche städtischen Straßen und Wege sind deshalb zu sanieren und zum Teil neu zu bauen.

Ziel ist es, den Verkehrsfluss in Heidelberg nachhaltig zu verbessern und den Rückstau sowie die Standzeiten des motorisierten Individualverkehrs maßgeblich zu reduzieren.

CarSharing

Ältere Menschen steigen auf den öffentlichen Nahverkehr um, junge Menschen verzichten zunehmend auf die Anschaffung eines eigenen Autos und nutzen vermehrt CarSharing-Konzepte.

Wir begrüßen die Nutzung innovativer Systeme wie CarSharing, Park & Bike und Park & Ride im Rahmen einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung.

Keine fünfte Neckarbrücke

Wir stehen zu unseren Naherholungsgebieten und sagen daher „Ja!“ zum Naturschutz und „Nein!“ zu einer 5. Neckarbrücke und zu einem Ausbau des

Klausenpfades. Durch die Erschließung des Neuenheimer Feldes mit einer Straßenbahn wird die Anbindung bereits deutlich optimiert.

Ausbau des Radwegenetzes

Heidelberg ist eine Fahrradstadt! Viele Menschen nutzen das Rad, um vor Ort Erledigungen zu tätigen oder um zu ihrem Arbeitsplatz, zur Schule und zur Universität zu fahren. Auch in Zukunft

werden wir darauf achten, dass der Radfluss in Heidelberg verbessert wird. So unterstützen wir den Bau der Sickingenbrücke für den Rad- und Fußverkehr zwischen Kirchheim und Rohrbach

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Heidelberg

Kommunalpolitisches Programm 2014 - 2019

sowie eine bessere Anbindung der Bahnstadt an das Neuenheimer Feld. Darüber hinaus wollen wir an allen Bahnhöfen und zentralen Umsteigeorten

Bike & Ride-Systeme installieren, um Mobilität ohne eigenes Fahrrad zu ermöglichen.

Europa

Europafähigkeit der Verwaltung

Die Europäische Union (EU) garantiert seit Jahren Frieden und Freiheit für mehr als 500 Millionen Menschen. Sie steht für gemeinsame Werte wie gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt, Demokratie und politische Einheit. Allerdings erscheint sie oft weit weg und eher abstrakt, obwohl 60% aller EU-Entscheidungen die Kommunen unmittelbar betreffen. Wir setzen uns dafür ein, die Bedeutung Europas für uns in Heidelberg noch klarer und transparenter zu machen. Nur so erreichen wir eine Identifikation mit dieser großen Idee und können die Synergieeffekte zum Wohle unserer Stadt nutzen.

Die SPD Heidelberg stellt den Prüfauftrag an die Stadtverwaltung, eine Konzeption zu erarbeiten, um die Europafähigkeit der Heidelberger Verwaltung zu verbessern. Die Kommune soll sich zukünftig stärker in europäische Entscheidungsprozesse einbringen und Fördermöglichkeiten ausschöpfen. Darüber hinaus wird der Europagedanke mit dieser Konzeption in

Heidelberg zu einem Selbstverständnis. Im gesellschaftlichen Leben und in der Arbeit der Stadtverwaltung soll die europäische Dimension einen hohen Stellenwert haben.

Die europapolitischen Aufgaben der Stadtverwaltung, die derzeit noch auf zwei Dezernate verteilt sind, sollten in einem Fachbereich für europapolitische Angelegenheiten gebündelt werden. Aufgabenschwerpunkte werden sein: Europapolitik, EU-Fördermittel, Internationale Beziehungen und Städtepartnerschaften, Integration und Fragen des Protokolls.

In der gesamten Stadtverwaltung wird pro Fachbereich eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter gezielt geschult und arbeitet eng mit dem neuen Fachbereich zusammen. Im Rahmen dieser Schulung sollen umfassende Kenntnisse über die EU, ihre Arbeitsweisen und Förderprogramme sowie gegebenenfalls Sprachunterricht vermittelt werden.